

Zeitschrift: Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen
Band: 47/1961 (1962)

Artikel: Politische Bildung der Jugend
Autor: Thürer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-55065>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Bildung der Jugend

Von Professor Dr. Georg Thürer, St. Gallen

Unsere Aufgabe besteht darin, zu untersuchen, wie die politische Erziehung der Jugend vor sich geht, und wohl auch anzuregen, wie sie künftig zu gestalten sei. Das Thema bedarf der Abgrenzung gegen Mißverständnisse. Es behandelt also nicht die Heranzucht der Jugend zu einer Staatsjugend wie in totalitären Staaten. Wir sprechen auch nicht ausschließlich von der Erziehung zu einer bestimmten Staatsbürgerschaft, sondern denken an die politische Bildung der jungen Generation überhaupt. Die Heranwachsenden sollen ihre Möglichkeiten und Verpflichtungen in Gemeinde, Kanton und Bund, aber auch in der gesamten Staatenwelt erkennen und womöglich bejahen, indem sie sich vornehmen, die ihnen zugedachte Mitarbeit in den politischen Gemeinschaften nach bestem Wissen und Gewissen zu leisten. Wir suchen die Wege, auf denen die Jugend den ihr eigenen Wunsch nach Freiheit in Einklang mit der Ordnung bringen kann, welche das Leben im Staate nun einmal erheischt. Und dies soll kein stures Sicheinfügen sein, weil man nun einmal nicht anders kann, sondern – und dann ist es Bildung – weil man es nicht anders will: Aus Einsicht gliedert man sich in diese Willensgemeinschaft mit dem Vorsatz ein, sie in Verantwortung mitzugestalten, und zwar nach Normen, die einem auch im sittlichen Leben wegleitend sind. Wer so handelt, kennt und mehrt die politische Kultur; mehr noch: er hat politische Kultur! Ein rascher Gang durch frühere Formen politischer Bildung führe uns zur Lage, wie sie sich uns hier und heute zeigt.

Die alten Griechen, denen wir das Wort Politik und auch grundlegende Züge abendländischer Bildung verdanken, bezogen die politische Bildung nur auf die zur Herrschaft berechnete Oberschicht, nicht aber auf die Sklaven. Der freie Vollbürger sollte sich in seiner Polis, dem griechischen Stadtstaat, als Mensch erfüllen. «Wer an den Fragen des Staates gar keinen Anteil nimmt, den halten wir in Athen nicht für einen sogenannten ruhigen Bürger, sondern für einen

unnützen Menschen», sagte Perikles zu Beginn der großen Auseinandersetzung mit Sparta, das in der Art totalitärer Staaten die Jugend beschlagnahmte. Eine eigentliche staatsbürgerliche Erziehung gab es damals kaum. Jedenfalls wurde sie nicht fachweise betrieben. Auf welcher hohen Stufe die weisen Lehrer mit ihren Jüngern aber über den Staat sprachen, wissen wir von den Werken Platons und des Aristoteles. Man ließ die Jugend wohl beizeiten an den Gesprächen über das Zusammenleben der Bürgerschaft teilnehmen, und je stärker sich das nachwachsende Geschlecht in den Schicksalsverband der Erwachsenen aufgenommen fühlte, desto größer mußte auch das Bestreben sein, diese Gemeinschaft zu schätzen und notfalls sie auch zu schützen.

Im Grunde gingen die *alten Eidgenossen* nicht sehr anders vor. In unsern Bergtälern besprachen die Väter wohl die öffentlichen Sorgen nicht minder eifrig als die privaten am Familientisch oder auf dem Felde in der Werkpause. Die Knaben spitzten die Ohren, öffneten die Herzen oder ballten die Fäuste. Sehr früh berief man sie zur Mitarbeit. Auf den *Landsgemeinden* bekamen im Spätmittelalter die halbwüchsigen Sechzehnjährigen, ja bei Kriegen nach empfindlichen Einbußen an Mannschaft sogar schon die Vierzehnjährigen das Stimmrecht. Die Überlegung war wohl: Wer mit seinem Arm wirksam dreinschlagen kann, soll ihn auch zu Wahlen und Abstimmungen emporhalten dürfen. Eine Erinnerung daran zeigt sich darin, daß die alten Landsgemeindestände heute noch das Stimmrecht für eigene Angelegenheiten nicht ungern früher erteilen als anderswo; so gewähren die Zuger schon den Neunzehnjährigen und die Schwyzer gar schon den Achtzehnjährigen das Stimmrecht in Fragen des Kantons, des Bezirkes und der Gemeinden. Und im Lande Glarus dürfen auch heute noch die Schulknaben als Zuschauer der Landsgemeinde gleichsam als innerster Ring zu Füßen des Landammanns beiwohnen – zweifellos eine kaum überbietbare Art staatsbürgerlichen Unterrichts unter freiem Himmel.

In den Stadtkantonen ging das *alte Bern* seinen bemerkenswerten eigenen Weg, indem seine Jungmannschaft vom 15. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts den sogenannten Äußern Stand bildete. Das war eine Art Scheinrepublik, für welche die jungen Leute Schultheiß, Räte und Richter wählten, auch Landvögte, welche nach verschwundenen Schlössern benannt wurden. So übte man sich am Modell eines fiktiven Staates in Verwaltung und Rechtsprechung. Ganz ohne ernstesten Hintergrund war indessen dieses politische Spiel nicht, denn es konnte – auch darin unsern Jugendparlamenten nicht unverwandt –

den erfolgreichen Mitspielern die Türe zum ersehnten Rat der Zweihundert öffnen. Zum förmlichen Stadtfest wurde der große Tag dieses Äußern Standes der Jungberner, wenn sie am Ostermontag ihre Waffenübungen und den farbenfrohen Umzug durchführten.

In *Graubünden* unternahm der hochherzige Engadiner Martin Planta anfangs Mai 1761 erst im Pfarrhause von Zizers und dann auf der andern Rheinseite im Schlosse Haldenstein den großangelegten Versuch, junge Leute aus führenden Ständen «zu wahren Christen zu erziehen, auf die politischen, militärischen und kaufmännischen Berufe vorzubereiten, zugleich aber auch aufgeklärte, gewissenhafte, *an Selbstzucht und Selbstregierung gewöhnte Republikaner*» aus ihnen zu machen. Pietistische Ideale aus Halle und Beobachtungen an englischen Schulen wirkten in diesem Seminare zusammen, das eine Art römischer Republik bildete. Man besetzte die entsprechenden Ämter, und die Strafen wurden von den jungen Richtern unter Mitwirkung der Lehrer nach freier Anklage und Verteidigung ausgesprochen. Wenn auch der Versuch den frühen Tod Plantas nicht um viele Jahre überlebte, so bleibt es doch erstaunlich, wie viele ehemalige Zöglinge in den nächsten Jahrzehnten zu hohen Würden emporstiegen. Zwei der fünf Direktoren der Helvetischen Republik, Laharpe und Legrand, und die beiden bedeutendsten Gesandten der Schweiz an den Wiener Kongreß, der Genfer Pictet de Rochemont und der Zürcher Bürgermeister Hans Reinhard, hatten zum Beispiel formende Bildungszeiten am Churer Rhein verbracht.

Bei *Jean-Jacques Rousseau* stehen wir vor einem Rätsel. Einerseits schuf er mit dem «Gesellschaftsvertrag» das Grundbuch der modernen Demokratie und mit seinem «Emile» das bahnbrechende Buch der neuen Erziehung; aber der Brückenschlag, nämlich die Erziehung zur Demokratie, ergab sich in seinem Schaffen nicht in erwarteter Weise. Um so eifriger nahm sich *Johann Heinrich Pestalozzi* der Erziehung zur politischen Gemeinschaft an. Von seinem neunzehnten Lebensjahre, da er unter dem Namen «Agis» sein Bürgerideal entwarf, bis in sein achtzigstes Lebensjahr, in welchem er als Präsident der Helvetischen Gesellschaft in Langenthal noch einmal zweieinhalb Stunden über seine pädagogischen und politischen Bestrebungen sprach, zieht sich eine lange Kette von Betrachtungen, welche in ergreifender Weise zeigen, wie heiß er sich um die sinnvolle Eingliederung der Knaben und Mädchen in die staatliche Gemeinschaft bemühte. Als 1798 das Gehäuse der Alten Eidgenossenschaft zusammenbrach und man daran denken mußte, wie ein gesunder Neubau zu gestalten sei, sprach Pestalozzi das zündende Wort: «Ohne politische

Erziehung ist das souveräne Volk ein Kind, das mit dem Feuer spielt und jeden Augenblick das Haus in Gefahr setzt.»

Es ist kein Zufall, daß in der Schweiz des 19. Jahrhunderts der Ausbau der *Volksschule* und die ständige Erweiterung der Volksrechte Hand in Hand gingen. Fragen wir uns nun, was denn die Schule für die politische Gesinnung zu leisten vermöge. Da ist in demokratischer Hinsicht zunächst die Tatsache zu erwähnen, daß sich in unsern Primarschulhäusern die Kinder hablicher und armer Eltern treffen. Gemeinsame Jugenderlebnisse vermögen spätere soziale Spannungen oft zu entgiften. Verlangt unser Gemeinwesen, daß ihm der Bürger seine Rechnungen nachprüfe, seine Vorlagen lese und die politischen Auseinandersetzungen zum Beispiel in der Presse verfolge, so muß der Staat auch dafür besorgt sein, daß er gute Rechner und schreib- und lesekundige Bürger bekomme. Gerade die Abstimmungsdemokratie verlangt einsichtige und umsichtige Bürger, und ein Gutteil dieser Bildung erwirbt man sich über Büchern. Auch zur Bekleidung vieler Ämter, welche ihrerseits die staatsbürgerliche Bildung voraussetzen und auch fortführen, braucht es einen ordentlichen Schulsack. Hätten wir nicht immer aus eigener Mitte tüchtige Anwärter auf diese großenteils ehrenamtlichen Stellen, so müßten wir mehr Berufsbeamte einsetzen, als uns lieb wäre.

Natürlich vermittelt die Volksschule auch schätzenswerte Kenntnisse, sei es im vierten Schuljahr in der das Gemüt ansprechenden *Heimatkunde* und später vor allem in den *Geschichtsstunden*. Man darf aber die Zahl der Daten, welche sich dem Kinde lebenslang einprägen, ja nicht überschätzen. Unter dem Oberexperten Dr. Fritz Bürki wurden im Jahre 1953 im Rahmen der Rekrutenprüfungen 7100 Eingerückte versuchsweise nach dem «eisernen Bestand» an Jahreszahlen der Schweizer Geschichte gefragt. Von diesen Rekruten waren 4000 nur in die Primarschule gegangen, 2500 hatten noch die Sekundarschule und 400 die Berufsschule besucht, 200 endlich waren junge Lehrer oder Studenten. Es waren immerhin 87 Prozent, welche das Gründungsjahr des verbrieften Ewigen Bundes von 1291 richtig anzugeben vermochten, und kaum weniger geläufig waren die Jahre, in denen die beiden Weltkriege begannen; es waren nämlich 86 Prozent und 83 Prozent, denen die Jahre 1939 und 1914 als wesentliche Marksteine auf dem Wege durch unser Jahrhundert vertraut waren. Die Schlacht am Morgarten konnte indessen nur von 44 Prozent und diejenige von Marignano gar nur von 20 Prozent mit den richtigen Jahreszahlen in Verbindung gebracht werden. Nun, solche Daten der Kriegsgeschichte werden von uns ja auch minder hoch bewertet als

zum Beispiel in Polen, wo es nach der Aussage von Studenten eine geringere Schande ist, im kleinen Einmaleins zu versagen, als eine der goldenen Zahlen der polnischen Freiheitsgeschichte zu vergessen. Bedenklich stimmt es aber einen Geschichtslehrer immerhin, daß so wenige Jahre nach dem Geschichtsunterricht nur noch zwei von fünf Schülern (41 Prozent) wissen, daß unser Bundesstaat im Jahre 1848 entstanden ist, und kaum jeder sechste (16 Prozent) weiß zu melden, daß die Alte Eidgenossenschaft im Jahre 1798 zusammenbrach. Fragen wir uns aber, weshalb die ersten drei Daten so überraschend geläufig geblieben sind, so löst sich das Rätsel rasch: Die Bundesfeier ruft eben das Jahr 1291 alljährlich in Erinnerung, und die Jahre, in denen die Weltkriege ausbrachen, wurden zweifellos in vielen Tischgesprächen genannt, denn das Einrücken zum jahrelangen Aktivdienst gehört nicht nur zur Welt- und Schweizer Geschichte, sondern auch zur Lebensgeschichte der Väter und Großväter unserer heranwachsenden Jugend. Beachten wir aber den Fingerzeig: Was sich in Erlebnissen vertieft und auf natürliche Weise gesprächsweise wiederholt wird, das haftet, während sich das bloß Angelernte verflüchtigt. Es ist denn auch der unschätzbare Vorzug unserer Abstimmungsdemokratie, daß sie eigentlich mit jedem Urnengang und mit jeder Gemeindeversammlung einen – wenn auch sehr knappen – staatsbürgerlichen Wiederholungskurs bietet.

Werfen wir noch einen Blick auf die eben erwähnten *Rekrutenprüfungen*. Sie wurden erstmals 1854 in der Kaserne Solothurn durchgeführt und im Zuge der demokratischen Bewegung der folgenden beiden Jahrzehnte von fast allen Kantonen übernommen, bezogen sich aber nur auf Lesen, Schreiben und Rechnen. St. Gallen fragte als erster Kanton nach einfachsten staatsbürgerlichen Kenntnissen. Als die Bundesversammlung von 1874 die militärische Ausbildung dem Bunde übertrug, stellte Bundesrat Welti schon im nächsten Jahre eine Ordnung für Rekrutenprüfungen auf, welche nun auch Vaterlandskunde (das heißt Geschichte, Geographie und Verfassungskunde) umfaßte. Die Ergebnisse wurden als Noten im Dienstbüchlein vermerkt und vom Eidgenössischen Statistischen Büro ausgewertet. Da zeigte sich die erschreckende Lücke zwischen Schule und Kaserne, und das Bestreben, die Leistungen der Rekrutenprüfungen über das beschämende Mindestmaß zu steigern, führte zu den Fortbildungsschulen. Diese blieben in ihrer großen Mehrzahl auch bestehen, als die Rekrutenprüfungen mit dem Mobilmachungsjahr 1914 unterblieben. Da man allzu einseitig nur eingedrilltes Stoffwissen abgefragt hatte, trauerten ihnen die Erzieher kaum nach.

Wenn man die Prüfung der Jungsoldaten wieder einführen wollte, so müßte es *auf neuer Ebene* geschehen. Daß unsere Wehrmänner mehr staatsbürgerliches Bewußtsein haben sollten, wurde seit dem Siegesmarsch des Faschismus und des Nationalsozialismus immer weiteren Kreisen klar. Das neue Verfahren aber mußte erst erprobt werden. Damit beauftragte der Bundesrat den bernischen Schulinspektor Karl Bürki, welcher mit der neuen Methode zunächst in drei Infanterieschulen in Lausanne, Bern und St. Gallen Erfahrungen sammeln ließ. Diese waren so ermutigend, daß die Prüfungen seit 1940 in der ganzen Schweiz durchgeführt und 1949 in der Militärorganisation verankert wurden.

Worin besteht nun *die neue Art der Prüfung*? An die Stelle des Abfragens alter Schule ist das lebensnahe Gespräch in einer Fünfergruppe von etwa gleicher Vorbildung getreten. Das Augenmerk richtet sich weniger auf Einzelwissen als auf Zusammenhänge. So geht der Gesprächsführer zum Beispiel von einem Ereignis im Gesichtskreis der jungen Leute aus, regt sie an, Schlüsse zu ziehen und Bedenken zu äußern. Es versteht sich, daß die Vorbereitung, die Durchführung und die Beurteilung einer solchen Prüfung wesentlich größere Anforderungen an die Lehrer stellten als das frühere Schema. Die erstrebte *Rückwirkung* auf die Vorbereitung ist nicht ausgeblieben: die Fortbildungsschulen, ja auch die Schulbücher sind lebensnaher geworden, und in sehr vielen Sekundar- und Mittelschulen und an allen Gewerbeschulen wird heute die *Staatskunde als Fach* gelehrt. Ohne klare Grundbegriffe im staatsbürgerlichen Denken fehlt es der Jugend am unerläßlichen Rüstzeug zur Mitarbeit im Staatswesen, und sie wird anfällig für die triebhafte Massenwirkung der Schreier, was den Rechtsstaat in Gefahr setzt, denn dieser wird von klaren Köpfen und mutigen Kämpfern geschützt, wie wir sie namentlich aus der *Elite* erwarten, die den *Vorzug akademischer Bildung* genossen.

Als eine gewisse Krönung all dieser Bestrebungen darf angesehen werden, daß das 1958 erschienene *Soldatenbuch* das erste Viertel der Staatskunde und der Erziehung zur staatsbürgerlichen Gesinnung einräumte und damit den ungeteilten Beifall des ganzen Bundesrates, der eidgenössischen Räte und der Militärbehörden fand. Der Text wurde in der Absicht verfaßt, Gespräche über vaterländische Fragen anzuregen und dem Wehrmann ins Bewußtsein und ins Gewissen zu sagen, was er an seiner Bürgerfreiheit besitze und daß sie seinen vollen Einsatz wert sei.

Bedenkt man, daß ein auflüpfischer Korporal, der im ersten Weltkrieg den Offizieren in der Presse vorgeworfen hatte, sie nützten

die lange und oft auch langweilige Aktivzeit zu wenig, um den Bürgersinn zu wecken, damals noch ins Gefängnis geworfen wurde, so erkennt man den ganzen Wandel deutlich.

Wichtige Stufen auf dem Wege zur neuen Haltung waren:

- 1937 Die *Tagung des Schweizerischen Lehrervereins*, welche sich dem Leitwort unterstellte: «Die staatsbürgerliche Erziehung, eine Schicksalsfrage der Demokratie», und die den obligatorischen Unterricht der Söhne und Töchter im achtzehnten und neunzehnten Lebensjahr durch die Kantone forderte.
- 1938 Die *Botschaft des Bundesrates* über die schweizerische Kulturwahrung und -werbung, welche das Bewußtsein der Verantwortung betonte. «Die Erhaltung unserer Demokratie liegt weniger auf der Ebene des Wissens als des Gewissens.»
- 1939 Die *Landesausstellung* wirkte in entscheidender Stunde anschaulich und eindringlich auch auf die Einstellung zum Lande. Der Höhenweg rief durch die Fahnen der dreitausend Gemeinden und die zwölf lebendigen Dorfbilder neben dem Riesenbild der Schweizer Geschichte auch den Wert der Kleindemokratie der Gemeinde in Erinnerung.
- 1939 Die *neue Stiftung «Pro Helvetia»* sah Mittel für Kurse der Lehrer vor, welche staatsbürgerlichen Unterricht zu erteilen hatten, und als ihre Treuhänderin führte die

Neue Helvetische Gesellschaft

- 1942 in Aarau einen *Kongreß für nationale Erziehung* durch, an welchem sich auch die beiden Kirchen zur neuen Aufgabe bekannten.

Inzwischen war der zweite Weltkrieg ausgebrochen. General Guisan sah zum vornherein im Soldaten den Mitbürger, und er rief die *Sektion «Heer und Haus»* ins Leben, welche in Kursen und Wehrbriefen einen wesentlichen Teil der *geistigen Landesverteidigung* übernahm. – Auch die *Volkshochschule*, um die sich Hermann Weilenmann große Verdienste erworben hat, öffnet sich den reifern Jugendlichen und regt immer staatsbürgerliche Gespräche an.

Es spricht für unser Volk, daß der Staat nicht der einzige Veranstalter von Gelegenheiten zu politischer Bildung ist. Am wertvollsten ist es wohl, wenn die Jugend selbst die ihr gemäßen Formen sucht, um sich über die Welt des Staates und die Staatenwelt Rechenschaft

zu geben. So ist es zu begrüßen, wenn sich aus freien Stücken Gruppen zusammentun, um Sitzungen von Parlamenten zu besuchen und hernach zu besprechen. Der Drang der Jugend, nicht nur anzuhören, sondern mitsprechen zu dürfen, führte zu den *Jugendparlamenten*, in welchen die einzelnen Parteien vertreten sind und in denen das parlamentarische Zusammenspiel mit Antrag, Gegenantrag und Abstimmung, Motion und Interpellation, mit Wahlen und Kommissionen geübt wird. Das bloß Gestellte einer solchen Sitzung stört dann nicht, wenn Gegenstände zur Sprache kommen, welche den jungen Leuten auf den Fingern brennen, zum Beispiel Verkehrsfragen, Bau eines Jugendhauses, Stipendienpläne oder grundsätzliche Probleme, welche zum Beispiel die persönliche Freiheit betreffen. Gewiß kommt es sehr auf das Geschick des Leiters und die Bereitschaft einer «Generation» an, welche ja auf der Stufe der Jugendlichen sehr rasch wechselt. Allein es schadet wenig, wenn dann und wann ein solches Jugendparlament wiederum einschläft. Es wird in neuer Form von Nachwachsenden wiederum gefordert werden, und wenn es etlichen Dutzend Menschen den Sinn für echte Grundsatztreue und notwendige Kompromisse weckte, hat es seine Aufgabe erfüllt. Ich bin sogar der Ansicht, daß es gar nicht wertlos ist, wenn schon die Knaben und Mädchen ihre von ihnen so urwichtig aufgefaßten *Vereine* gründen, einen Vorstand wählen und Abstimmungen durchführen. Mögen diese Kindervereine auch nach sieben Sitzungen in einem Krach auffliegen oder lautlos eingehen, so bleibt doch immer das Bemühen, den Weg vom Ich zum Wir zu regeln als Vorschule späterer Übereinkünfte, und immer wieder gilt es, den wirklich Begabten zum ersten Diener der Gemeinschaft zu erheben und den nur Herrschsüchtigen in Schranken zu halten.

Natürlich gibt es auch große *Bewegungen und Bünde*, welche über das kleine Einmaleins der gelegentlichen Gruppenbildung hinaus in große Zusammenhänge hineindeuten, in denen die Ortsgruppen in Regional- und Zentralverbänden zusammengefaßt werden, wobei sich die repräsentative Demokratie abzeichnet. Ich denke zum Beispiel an die *Pfadfinderbewegung*, welche Zehntausenden von heutigen Bürgern den auch im politischen Leben wichtigen Sinn für Kameradschaft entwickelt, in Geländeübungen den Heimatboden kennen und lieben lehrt, auf Fahrten und in wochenlangen Lagern andere Landesteile aufsucht und in ihre Prüfungen auch staatsbürgerliche Grundkenntnisse einbezieht. Der *militärische Vorunterricht* kann bei seinen Übungen den vaterländischen Sinn ebenfalls wecken und pflegen. Auch kirchliche, sportliche und studentische Organisationen gewöh-

nen junge Leute an demokratische Formen der Verhandlungen, spielen doch die vielen Vereine keine geringe Rolle bei der Integration eines Volkes, wie wir es vom Zusammenschluß zum Bundesstaate her wissen, als neben Studenten in vaterländischen Verbindungen auch junge Schützen, Sänger, Turner sehr wichtige Dienste leisteten, indem sie durch ein lebendiges Geflecht von persönlichen Freundschaften dem Gedanken eines stärkeren Bundes zum Durchbruch verhalfen.

Was diese vielen, oft schwer zu erfassenden, unwägbaren, aber doch sehr wirksamen Dienste bedeuten, ging mir neulich beim Besuch eines österreichischen Gastes auf, der in Staatsauftrag nach Wegen sucht, um die österreichische Jugend davon abzuhalten, großdeutsch zu empfinden. Auf meine Frage, in welche Parteien, Bünde, Vereine oder Bewegungen die Jugend von sich aus gehe, erklärte er mir, daß sie jede Bindung scheue. Es sei nicht einmal der zehnte Teil in einer kirchlichen, sportlichen, politischen oder wohltätigen Organisation, wie zum Beispiel im dort recht verbreiteten Jugendrotkreuz, und so fehle es eben an wesentlichen Übungen im gemeinschaftlichen Denken. Gewiß, wir alle – unsere Haushaltungsbücher wissen es – sind in etlichen, nicht wenige von uns in Dutzenden von Vereinen und spotten wohl auch über solche, die kein Lebensrecht mehr haben. Dennoch ist es gut, wenn jeder beizeiten lernt, eine Kasse zu führen oder zu prüfen, eine Sitzung zu leiten, eine Beschwerde vorzubringen usw., genau wie auch das vielbewitzelte Ämtliwesen wenigstens sein Gutes hat, daß recht viele Menschen an einer bestimmten Stelle eine klare Verantwortung zu tragen haben. Und man übersehe dieses Große im Kleinkram der – ach! – vielen Alltäglichkeiten nicht.

Gewiß, mit Vereinsmeiereien gewinnt man die Jugend oder doch ihre hellen Köpfe und heißen Herzen nicht. Sie hat auch keine Lust, im Züglein der Parteien, in welchem die Häupter erster Klasse nach Bern fahren, einfach in den Stimmviehwagen einzusteigen. Jeder Parteivorstand muß sich nicht in einer allgemeinen Umfrage, sondern in einer selbstkritischen Umschau und Einsicht fragen, ob er nicht in den Augen der Jungen Gefahr laufe, zum Mumienklub zu werden. Vor einem Menschenalter behalfen sich die *Parteien* und auch die Jungen damit, daß die Söhne ihre *Jungparteien* gründeten, wo sie zu Wort und Recht kamen. So gab es in der Zwischenkriegszeit Jungfreisinnige, Jungkonservative und Jungsozialisten. Blickt man auf jene Gründungen um 1930 zurück, so erkennt man, daß sie im Ton jugendlich heftiger, im Zusammenstehen kameradschaftlicher als die Mitglieder der herkömmlichen Parteien waren und sich überhaupt

eher in einer Bewegung als in einer Partei fühlten. Sie waren auch gegenüber dem erstarrten Lager der ältern Garde beweglicher im Gespräch über die Parteigrenzen hinweg. So waren zum Beispiel die Jungliberalen sozialer eingestellt als die alten Herren, und die jungen Sozialisten waren keineswegs auf dem Flügel der Radikalen zu sehen, deren Schweizer Kreuz auf dem großen roten Banner so klein war, daß man es nicht mehr bei jedem Winde gut sah. Im übrigen bewahre uns Gott vor einer parteilosen Gesellschaft. Lieber offene Parteien als verborgene und verlogene Cliques! Bundesrat Nobs fand hohe und wahre Worte über «Die erzieherische Bedeutung der Parteien»: «Den politisch Gleichgültigen, den Willenlosen und Ziellosen rütteln sie auf», sagte er vor der schweizerischen Lehrerschaft aller Stufen. «Sie geben ihm Ziel und Richtung, wecken Willen und Kräfte. Die Parteien erst ordnen das chaotische Vielerlei der Meinungen.» Freilich werden wir auch der Mahnungen Carl Hiltys eingedenk bleiben. «Zwei Dinge darf eine Partei, die nicht verwerflich werden will, nie vergessen: sie muß national und innerstaatlich bleiben», sagte er und warnte davor, daß sie «Partei um des Parteilebens oder um persönlicher Zwecke wegen» werde. Mit andern Worten: Die Partei sei, wie ihr Name sagt und fordert, ein Teil (*pars, partie*) und nicht das Ganze, welches man nie aus den Augen lassen darf.

Nun weiß man, daß in der Schweiz nur ein erstaunlich kleiner Teil der Stimmbürger eingeschriebene Parteimitglieder sind. Das heißt nun keineswegs, daß die andern deswegen nicht politisieren. Auch das *Schimpfen*, das in der Schweiz nach gewissenhaften Schätzungen 99 Prozent plus 1 Prozent aller Bürger betreiben, ist ja schon ein Stück Politik, freilich weder ihr Schmuck- noch ihr Herzstück. Schimpfen Sie indessen nicht zu sehr über das Schimpfen, sondern wenn zum Beispiel junge Leute in ehrlicher Entrüstung sich empören, so hören Sie zu. Dann fragen Sie ganz ruhig, wie denn die jungen Leute die Sache selber besser machen würden. Daraufhin werden die Maulhelden verstummen, und wenn die Ernsthafteren ansehnliche Gründe vorbringen, um ihren Unmut zu rechtfertigen, so fragen Sie die jungen Leute, welche Schritte sie denn schon unternommen hätten, um eine Besserung einzuleiten. Dann kann die – für mich jedenfalls – beinahe feierliche Stunde eintreten, wo ein junger Mensch seinen *ersten wirklich politischen Entschluß* faßt und vom Wettern abseits zum *Ernstmachen in Gemeinschaft* übergeht. Und dann hat er – wer weiß? – seine Aufgabe. Und der Verleider – das *malaise* – ist vorbei, sobald man eine Aufgabe vor sich sieht. Stellt den jungen Leuten Aufgaben, laßt sie *selber Aufgaben suchen und lösen*, und

Sie werden sehen: Wichtiger als Kurse ist das Mitmachen. Schwimmen lernt man letzten Endes nicht in Trockenschwimmkursen, sondern im Wasser.

Unsere schweizerische Politik ist ja alles andere als eine Geheimkunst. Die meisten *Zeitungen* räumen dem staatlichen Leben den Leitartikel ein, und der Wert von gegnerischen Zeitungen, welche einander mit großem Eifer, der vor Wahlen noch erheblich anschwillt, zu Wahrheit und Gerechtigkeit erziehen, ist unschätzbar groß. Basel und St. Gallen sind die einzigen Städte der Welt, in denen gleich zwei Zeitungen mit je einer Morgen- und einer Abendausgabe herauskommen, und zur Zeit des demokratischen «Stadtanzeigers», der einst größten sanktgallischen Zeitung mit ebenfalls zwei Tagesausgaben, war unsere Stadt in der Zeitungskunde vollends ein einzigartiger Fall. Darum hieße es Wasser in das St. Galler Klima gießen, wollte man die Bedeutung der Presse für das politische Leben hierzulande noch eigens hervorheben.

Recht lange ging es, bis das *Radio* seine politischen Möglichkeiten erkannte und wahrnahm. Das hängt damit zusammen, daß die Zeitungen ihre Pressefreiheit genießen, und der Bund tat in Kriegszeiten gut daran, sie grundsätzlich nicht einer Vorzensur zu unterwerfen. So konnte er bei Beschwerden zum Beispiel aus dem Dritten Reiche erklären, eine beanstandete Zeitung bringe nicht die Meinung der Schweiz zum Ausdruck, sondern nur eine private Meinung in der Schweiz. Beim Radio indessen stand und steht die Konzession beim Bund, und die Stimme des Senders Beromünster hatte jahrelang wirklich ihre eidgenössische Sendung in der Welt. Sie war im zweiten Weltkrieg der Trost von Tausenden, welche unter Lebensgefahr abhörten, was in Freiheit über die Wahrheit gesagt wurde. Das war politische Bildung von weltweitem Ausmaß. Auffallend spät aber gingen die Studios dazu über, die politischen Gespräche am runden Tisch einzuführen. Seither ist der Beitrag des Radios zur politischen Erziehung erheblicher geworden. Gerne anerkennen wir auch, daß das Radio uns mit aktuellen Problemen diesseits und jenseits der Grenzen auf sehr lebendige Weise vertraut macht, und auch das Fernsehen findet seine Form anschaulicher Orientierung.

Dabei unterdrücken wir allerdings *unsere Bedenken* nicht. Werden nicht oft, im Bestreben, schirmgemäß oder radiophon zu sein, viele Fragen nur rasch gestreift, so daß der Jugendliche nach dem Bildbad oder Wortschwall wenig Zeit findet, nach den überraschenden Meldungen noch zu einem eigenen Urteil und da und dort sogar zu einem mutigen, persönlichen Entschluß zu kommen? Viele, allzu

viele wohnen im Gasthause «Allenwinden» und sind orientiert wie Wetterfahnen. Da meldet sich oft die Frage: War jene Mitarbeit bei einem Brückenbau als Gemeinwerk, wie es die Burschen noch vor zwei, drei Menschenaltern im Bergland leisteten, als politische Bildung nicht ebenso wertvoll wie die Blitzinformationen am laufenden Band? Diese Sorge ist um so ernster, als die miterziehende Umwelt ohnehin in jungen Menschen mit schreienden Plakaten und Lautsprechern eher Reflexe als Reflexionen auslöst. Daher pflegen wir, wo immer wir können, *die ruhige Besinnung*.

Gewiß, wir können das Rad der Technik, auch der Mitteilungstechnik, nicht zurückdrehen, aber wir wollen es wenigstens in guten Geleisen wissen. Wenn Sie bei Tische die neuesten Nachrichten hören, so nehmen Sie doch einzelne Meldungen in ein wesentliches *Gespräch* auf und schreiben Sie auch den verantwortlichen Stellen, was Ihnen im Programm staatsbürgerlich gefällt oder mißfällt. Es wurden schon mit großem Erfolg staatsbürgerliche Kurse angeregt und durchgeführt, die später in Form wertvoller Hefte erschienen.

Natürlich gibt es auch Dutzende von *Lehrbüchern der Staatskunde* mit allerdings recht verschiedenem Gewicht an Geist und Gründlichkeit. Zu den wertvollsten Werken, welche die wissenschaftliche Zuverlässigkeit mit der Lebensnähe von Politik im weitesten Sinne verbinden, gehören gewiß die Veröffentlichungen unserer schweizerischen Verwaltungskurse, welche von einem der aufmerksamsten Kenner der schweizerischen und ausländischen Verhältnisse geleitet werden und dessen gesamtes Lebenswerk eine wesentliche Grundlage zu politischer Bildung darstellt, die er mit Recht in der *Verantwortung* gipfeln läßt. Nicht von ungefähr spricht Professor Dr. *Hans Nawiasky*, der vor fünfzehn Jahren die Frage «Kann das deutsche Volk für Demokratie und Weltfrieden gewonnen werden?» behandelte, auch bei der Bayerischen Akademie für politische Bildung sein maßgebendes Wort mit. Unser Vortrag wurde im Rahmen eines Kurses über «Die Sorge um die Jugend» anfangs Juni 1961 an der Handels-Hochschule St. Gallen gehalten. Es war der 104. Kurs, welcher der Gründer und Leiter der «Schweizerischen Verwaltungskurse», Prof. Dr. Hans Nawiasky, führte. Er starb zehn Wochen danach, und wir widmen unsere Studie dem Gedenken an diesen bewährten Staatsrechtslehrer und Freund.

Unter den zahlreichen Zeitschriften unseres Landes befaßt sich eine seit fünfundvierzig Jahren mit unserer Frage. Sie heißt «Der Staatsbürger» und nennt sich im Untertitel «Zeitschrift für politische Bildung und Aufklärung» sowie «Organ der *Schweizerischen*

Staatsbürgerlichen Gesellschaft». Dieser Gesellschaft verdanken wir auch die Durchführung von Hunderten staatsbürgerlicher Vorträge und von sehr wertvollen alpinen Ferienkursen, bei denen sich Gelegenheit bietet, mit den ersten Gelehrten und obersten Häuptionern des Landes ins Gespräch zu kommen. Sie sorgt auch dafür, daß in immer mehr Ortschaften die *Jungbürgeraufnahme* in feierlicher Form vor sich gehe, so daß sich der Staat beim Zwanzigjährigen nicht nur mit Marschbefehl und Steuerzettel meldet.

Es fehlt also keineswegs an Gelegenheit, sich über politische Belange Bescheid zu holen. Wichtiger aber als alle Handbücher und Veranstaltungen ist das *lebendige Beispiel*. Der Ton, nicht zuletzt der Unterton, in welchem man über die staatliche Gemeinschaft und die sich anbahnende Gemeinschaft der Staaten spricht, färbt auf unsere jungen Mitfahrenden im Zuge, der in die Zukunft fährt, mehr ab, als wir glauben. Besonders aber achtet die Jugend darauf, ob unsere praktische Haltung den Anforderungen entspricht, welche wir an unsere Mitbürger stellen. Müssen wir uns nicht zuzeiten bei der Nase nehmen, wenn wir mit dem biedern Schwaben sagen könnten: «Ach, es wäre auch vieles besser auf der Welt, wenn die andern Menschen endlich so wären, wie ich sein sollte!» Wir wollen weder unsere Vorfahren, für die wir ja nichts können, noch gar uns selbst, für die wir wenigstens etwas können, auf einen Denkmalsockel stellen, sondern nehmen wir die jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger beizeiten in jene *echte Kameradschaft* auf, welche offene Kritik erlaubt, ja wünscht und auch erträgt und auswertet. Brüsten wir uns nicht damit, daß unsere Großväter noch viel eifriger zur Urne gegangen seien, weil diese angeblich größere *Stimmbeteiligung* ohnehin ein Märchen der verklärenden Rückschau ist. Zudem mußten frühere Generationen viel seltener zur Urne als wir seit dem Ausbau der Demokratie. So gab es zum Beispiel von 1848 bis 1866 keine einzige eidgenössische Abstimmung, weil das Volk damals nur über Verfassungsfragen abstimmen konnte. Und der ja grundlegend wichtige Entscheid über den Bundesstaat von 1848 sah knapp die Mehrheit des Volkes auf dem Urnengang, das heißt etwa gleich viel Stimmende, wie auch in der Gegenwart, die etliche Male im Jahre zu einem eidgenössischen Urnengang antreten. Ja, zur Zeit des Ansturms der schwarzen und der braunen Diktatur kam es so weit, daß von drei Schweizern ihrer zwei regelmäßig zur Urne gingen. Wenn die aufsteigende Jugend eine ihrer Aufgaben, nämlich *dem Kommunismus standzuhalten*, so erfüllt, wie die Jugend der dreißiger Jahre dem Hitlertum innerlich standgehalten hat, so sollen unsere Enkel dereinst

mit ihr zufrieden sein. Hier erhebt sich die Gewissens- und Lebensfrage nicht nur der Schweiz, sondern der freien Welt überhaupt: Gelingt es uns, in unserer Jugend gleichsam aus Dank für das Leben in Freiheit ihre Bereitschaft zu einem Einsatz zu erzeugen, der im Ernstfall der Auseinandersetzung nicht minder stark ist als der Drill der starren Macht?

Man kann nicht in allen Fällen sagen, daß alle Eltern die Kinder haben, welche sie verdienen. Im Hinblick aber auf ein ganzes Volk, wo sich die Einzelfälle nach dem Gesetz der großen Zahl ausgleichen, darf man erklären, daß jedes Staatsvolk die Jugend habe, welche es verdiene. Und es ist nicht die geringste Aufgabe, jedenfalls aber ein echtes Merkmal wirklicher politischer Bildung, daß der *Wechsel der Generationen* sich organisch so vollziehen kann, daß die Weisheit reifer Mitbürger und die drängende Tatkraft der Jugend sich zum Wohle von Land und Volk vereinen.

Unsere politische Bildung wäre aber unvollständig und ließe wertvolle Kräfte ungenutzt, wenn zum planenden jungen Mann nicht auch schon die hegende Art *der Frau* träte. Man mache den Grund der Gegner ihrer Mitwirkung, nämlich die Behauptung, daß die jungen Mädchen nicht ihren Dienst leisteten wie die jungen Burschen, dadurch hinfällig, daß man die *weibliche Jugend zwischen dem achtzehnten und dem zwanzigsten Jahre für ein halbes Jahr in den sozialen Dienst* rufe. Nicht daß ich mir von der Einführung des Frauenstimmrechts eine Steigerung der Stimmbeteiligung verspreche – ich rechne sogar eher mit einer Senkung der Zahl –, aber die *Gerechtigkeit* steigt, und das gilt mehr als Prozentzahlen. Wir Männer müßten dannzumal von den alleinstehenden Frauen nicht mehr den Vorwurf vernehmen, sie bekämen wohl den Steuerzettel, nicht aber die Stimmkarte, welche mit entscheide, wie man das Haushaltungsgeld der Nation verwende. Es ist übrigens aufschlußreich, daß im gegenseitig stimmenden «Mannevolch» die alleinstehenden, seien es die noch ledigen oder vor allem die geschiedenen Männer der Urne am häufigsten fernbleiben, während die Familienväter zwischen vierzig und sechzig Jahren am fleißigsten stimmen.

Und ein Allerletztes: Alle politische Bildung, welche nicht die *Sorgen anderer Völker* mitträgt und den *Weltfrieden* anstrebt, denkt zu kleinräumig. Wie immer wieder gerade die wertvollsten Eidgenossen auch weltoffene Zeitgenossen waren, also *Heimattreue und Weltoffenheit* zu verbinden vermochten, so soll auch unsere Jugend in der Begegnung mit unsern Gästen, unbekümmert um ihre Hautfarbe, daheim oder in weiter Welt wissen oder doch wenigstens ahnen,

daß *unsere politische Verantwortung planetar* zu werden beginnt, und auf den neuen Feldern solcher Bewährung hat *unser kleines neutrales Land*, das nie Kolonien in Übersee hatte noch eine Gegenkolonisation im kommunistischen Sinne anstrebt, zunächst einmal seinen *Vorschuß an Vertrauen*. Hier öffnen sich auch dem Abenteuerum, das jede gesunde Jugend, die sich nun einmal aus dem noch so warmen heimatlichen Nest hinaussehnt, anzieht, vielerlei Wege. Dabei wird man die Gemeindeordnung von Bümpliz nicht ohne weiteres auf ein Zeltdorf im Kongo übertragen können. Allein, ein politischer Ratgeber, welcher sich ernsthaft bestrebt, vom geplanten Guten das zur Zeit Mögliche zu verwirklichen, wird hier wie dort die Achtung der Besten gewinnen. Und einen höheren Lohn können wir einem mutigen, rechtschaffenen Menschen, der Ansprüche stellt und erfüllt, hienieden nicht verheißen.